



Rede

02.12.2010 – Martina Bunge

Geben Sie sich einen Ruck und sorgen für Rentengerechtigkeit in Ostdeutschland

Zu den Anträgen für eine Korrektur der Rentenüberleitung

Es gilt das gesprochene Wort.

Seit 20 Jahren haben wir es bei der Rentenüberleitung mit Überführungslücken, Versorgungsunrecht und Rentenstrafrecht zu tun.

Trotz vieler Ankündigungen der Kanzlerin und im Koalitionsvertrag von Schwarz-Gelb ist bisher nichts geschehen.

Die Betroffenen waren voller Hoffnungen und auch wir als LINKE waren zurückhaltend. Im Mai dieses Jahres haben wir – faktisch als Gedankenstütze – einen Gesamtantrag zu einer umfassenden Korrektur der Rentenüberleitung vorgelegt, mit der Aufforderung, bis Ende dieses Jahres aktiv zu werden

Nichts ist bis Ende 2010 geschehen. Das ist untragbar!

Wir und die Betroffenen erwarten ganz einfach nur die Anerkennung gelebten Lebens und eine Gleichbehandlung von Berufsgruppen und Erwerbsbiografien Ost wie West und die Achtung der Wertneutralität des Rentenrechts.

Zum Abschluss der letzten Legislaturperiode hatte Ihnen Gregor Gysi angekündigt: „Solange wir im Bundestag sind, werden Sie in jeder Legislaturperiode diese Anträge vorgelegt bekommen.“

Sie haben es sich also selbst zuzuschreiben, dass wir heute wieder ein Gesamtpaket – mit allen zu lösenden Problemen im Einzelnen – vorlegen.

Sie haben weder den im Gesundheitswesen der DDR Beschäftigten, noch den Reichsbahnerinnen und Postlern, noch den Akademikerinnen und Akademikern zu einer mit ihren Berufskolleginnen und -kollegen West wenigstens annähernd vergleichbaren Alterssicherung verholfen.

Besonders grotesk: In der Broschüre zum 20. Jahrestag der Einheit rühmt sich die Bundesregierung, wie der Raum Bitterfeld von der „Dreckschleuder“ zu „Solar-Valley“ entwickelt wurde.

Das haben Sie ja sogar fotografisch dokumentiert!

Aber denen, die im ebenso umweltzerstörten Raum Borna/Espenhain unter extrem gesundheitsschädigenden Bedingungen in der Braunkohleveredlung geschuftet haben, (übrigens das Foto ist Espenhain!) – denen streichen Sie einfach den besonderen Rentenanspruch! Das ist beschämend!

Wie sehen Ihre Aktivitäten aus:

In der CDU/CSU Fraktion wurden die Verantwortlichen getauscht. Kollegin Maria Michalk aus Sachsen räumte in der letzten Legislaturperiode wenigstens einen gewissen Handlungsbedarf ein. Nun ein neuer Abgeordneter, aus dem Westen, jetzt im Osten lebend. Kollege Frank Heinrich sprach denn auch am 20. Mai dieses Jahres von „Härten, Verwerfungen und Randschwächen“, mit denen wir bei der Rentenüberleitung leben müssten.

Nein, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen von der Union, wir lassen uns mit

derartigen Allgemeinplätzen nicht beruhigen.

Uns geht es um die Anerkennung gelebten Lebens von Tausenden älteren Menschen im Osten.

Das hatten auch die Kolleginnen und Kollegen von der FDP Fraktion in der letzten Legislaturperiode so gesehen und einen Antrag mit fast allen – der von uns erkundeten – Problemen vorgelegt.

Sie hatten erkannt – als Oppositionsfraktion –, dass beispielsweise ein Techniker Ost genauso eine zusätzliche Versorgung hatte wie ein Techniker West. Und Sie waren schockiert, was die Überführung mit den Ansprüchen Ost angerichtet hat.

Also Sie erkannten, dass es da keine „Absurditäten“ im DDR-Alterssicherungssystem gab. Ein Begriff, womit immer wieder die DDR-Ansprüche infrage gestellt werden.

Wir haben hier Systeme, in die die Einzelnen in der DDR z.T. nicht unerhebliche Beiträge gezahlt haben. Halten Sie endlich den Vertrauensschutz ein!

Meine Hochachtung, Kollege Anton Schaaf, Sie gestanden im Mai sogar ein Versagen zu SPD-Regierungszeiten ein, dass es nämlich nicht gelungen war, einige Schritte voranzukommen.

Mit den 18 Anträgen liegen unsere Vorschläge zu den Detailproblemen heute vor, wenn es Ihnen ernst ist, können wir ja gemeinsam an die Arbeit gehen.

Bei den in der DDR Geschiedenen beispielsweise schlagen wir alternativ zwei verschiedene Lösungswege vor. Die Fraktion von Bündnis 90/Grüne hat auch einen Vorschlag dazu, der heute leider wieder von der TO genommen wurde.

Lassen Sie uns doch gemeinsam nach einem gangbaren Weg suchen. Konkret umsetzen muss es dann schon das Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Dort gibt es die personellen Kapazitäten.

Also geben Sie sich alle einen Ruck und legen Sie endlich eine umfassende Korrektur vor – spätestens im nächsten Frühjahr.

Dann könnte auf den Punkt genau 20 Jahre nach der Beschlussfassung vom Juni 1991 im Wasserwerk von Bonn endlich Gerechtigkeit geschaffen werden.

Das könnte auch den sozialen Frieden zwischen Ost und West ein gewaltiges Stück befördern.

Frau Kanzlerin, machen Sie die Korrektur der Überleitung der Alterssicherungen der DDR ins bundesdeutsche Recht zur Chefsache, machen Sie endlich Schluss mit den Ungerechtigkeiten und der Diskriminierung Hunderttausender älterer Bürgerinnen und Bürger im Osten!

Quelle: <http://www.linksfraktion.de/reden/geben-sich-ruck-sorgen-rentengerechtigkeit-ostdeutschland/>